

► Allgemeines

Neue Präsidentin der BAGFW. Barbara Stolterfoht, Vorsitzende des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Gesamtverband e.V., ist neue Präsidentin der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW). Sie wurde turnusgemäß für zwei Jahre vom Vorstand gewählt und löst Manfred Ragati ab. „In Deutschland erfassen Armut und Arbeitslosigkeit immer größere Teile der Bevölkerung. Mit dieser faktischen Ausgrenzung in all ihren Variationen muss sich unsere Gesellschaft intensiver befassen“, forderte Frau Stolterfoht. Hier müsse aber auch der Staat gegensteuern, um seinem Verfassungsauftrag gerecht zu werden. Die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege sind bereit, an den notwendigen Reformen des Sozialstaates konstruktiv mitzuwirken. In diesem Prozess sieht Frau Stolterfoht die Schwerpunkte ihrer Präsidentschaft. Gleichzeitig wird sich die BAGFW-Präsidentin nachdrücklich dafür einsetzen, dass der Ausbau der kommunalen Infrastruktur für eine quantitativ und qualitativ auskömmliche Tagespflege für Kinder insbesondere in den westlichen Bundesländern endlich vorankommt. *Quelle: Pressemeldung der BAGFW vom 4. Januar 2005*

Teilzeitarbeit. Der Trend zu mehr Teilzeitarbeit in Deutschland hält an: Im Jahresdurchschnitt 2003 standen gut 27 % der abhängig Beschäftigten in einem Teilzeitarbeitsverhältnis. Der Gesetzgeber fördert diese Entwicklung durch das Teilzeitgesetz, das unter bestimmten Bedingungen den Anspruch auf einen Teilzeitarbeitsplatz sichert. Seit 2001 ist das Teilzeitgesetz in Kraft, das den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowohl einen Anspruch auf Verkürzung der Arbeitszeit, aber auch Chancen auf eine Rückkehr in ein Vollzeitarbeitsverhältnis eröffnet. Eine aktuelle Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zeigt: Im vergangenen Jahr haben fast 128 000 Vollzeitbeschäftigte Anträge auf Teilzeitarbeit gestellt. Das sind gut 44 000 mehr als noch im Jahr 2001. Der Anteil der Anträge von Männern ist leicht auf 27 % gestiegen. Die Studie bestätigt durch das Teilzeitgesetz zudem eine beschäftigungsorientierte Verteilung des Arbeitsvolumens: Durch den Wechsel von bisher Vollzeitbeschäftigten in Teilzeitarbeit wurden weitere Personen eingestellt oder Personalabbau vermieden. In anderen Fällen wurde das Arbeitsvolumen unter den Beschäftigten neu verteilt, indem die Arbeitszeiten bisher bereits Teilzeitbeschäftigter ausgeweitet wurden. Insgesamt waren rund 40 % der personalpolitischen Reaktionen der betroffenen Arbeitgeber „beschäftigungsrelevant“. *Quelle: Presseinformation des IAB vom 20. Dezember 2004*

2005 das „Jahr der politischen Bildung“. Der Europarat hat für 2005 das „Europäische Jahr der politischen Bildung (European Year of Citizenship through Education)“ ausgerufen. Ziel ist eine Darstellung von innovativen Bildungspraktiken in den Mitgliedsländern des Europarats.

Zudem sollen Bildungsaktivitäten und Initiativen zur demokratiepolitischen Bildung gefördert werden. Das Jahr steht unter dem Motto „Demokratie lernen und leben“. *Quelle: Newsletter des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement 26.2004*

Hinweise zum neuen Zuwanderungsrecht. Was ist eine Niederlassungserlaubnis? Dürfen sich Zugewanderte selbstständig machen? Wer hat einen Anspruch auf einen Integrationskurs? Wie arbeitet die Berliner Härtefallkommission? Die wichtigsten Veränderungen des zum 1. Januar 2005 in Kraft getretenen Zuwanderungsgesetzes sind in der Informationsbroschüre „Das neue Aufenthaltsrecht. Fragen und Antworten zum Zuwanderungsgesetz“ zusammengefasst, die der Berliner Beauftragte für Integration und Migration herausgegeben hat. Die Broschüre liegt ebenfalls in englischer, türkischer und russischer Übersetzung vor. Diese wurden durch die Kooperation mit der Bundesbeauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration ermöglicht. Die mehrsprachigen Fassungen sind seit Anfang Januar 2005 als elektronische Dokumente zu beziehen unter www.berlin.de/sengessozv/auslaender/recht.html. *Quelle: Mitteilung des Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration vom 3. Januar 2005*

► Soziales

Deutsche Rentenversicherung. Das Jahr 2005 wird zum Meilenstein in der Geschichte der deutschen Rentenversicherung: Alle Träger der gesetzlichen Rentenversicherung schließen sich zur Deutschen Rentenversicherung zusammen, die Trennung zwischen Arbeitern und Angestellten wird aufgehoben. Die Landesversicherungsanstalten werden zu Regionalträgern. Sie tragen dann die Namen „Deutsche Rentenversicherung“ und einen regionalen Zusatz wie beispielsweise „Deutsche Rentenversicherung Westfalen“. Die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte und der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger schließen sich zur „Deutschen Rentenversicherung Bund“ zusammen. Dieser Träger übernimmt auch Querschnittaufgaben für die gesamte Deutsche Rentenversicherung. Die Organisationsreform hat Auswirkungen auf die Verteilung der Versicherten auf die einzelnen Träger. 55 % der Versicherten werden von den Regionalträgern betreut, 40 % von der „Deutschen Rentenversicherung Bund“ und 5 % von der „Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See“. Die Namensumstellung aller Träger findet zum 1. Oktober 2005 statt. Bis dahin sollte die Marke „Deutsche Rentenversicherung“ deutschlandweit bekannt sein. *Quelle: BfA Mitteilungen 3.2004*

Ombudsrat für Hartz-Reform. Bundesarbeitsminister Clement hat einen Ombudsrat berufen, der die Umsetzung der Hartz IV-Reform begleiten soll. Dem Rat gehören der ehemalige sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf, die ehemalige Bundesministerin Christine Bergmann sowie Hermann Rappe, einst Vorsitzender der Industriewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie an. Die drei Ombudsleute benennen mögliche Fehlentwicklungen und können Empfehlungen an die für das Arbeitslosengeld II zuständigen Verwaltungen geben. Der Ombudsrat hat aber nicht nur eine beratende Funktion, er soll auch Anlauf- und Beschwerdestelle für die künftigen Arbeitslosengeld II-Beziehenden sein. Dazu ist eine Geschäftsstelle eingerichtet:

Ombudsrat – Grundsicherung für Arbeitsuchende, Postfach 04 01 40, 10061 Berlin, Tel.: 08 00 44 00 550 (kostenlos), E-Mail: info@ombudsrat.de, Internet: www.ombudsrat.de *Quelle: Sozialverband Deutschland 1.2005*

Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland. Eine repräsentative Untersuchung zu Gewalt gegen Frauen in Deutschland. Zusammenfassung zentraler Studienergebnisse. Projektleitung Ursula Müller u. a. Hrsg. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Eigenverlag. Bonn 2004, 44 S., kostenfrei *DZI-D-6995*

Diese Prävalenzstudie ist die erste repräsentative und zugleich in vieler Hinsicht international vergleichbare Untersuchung zur Betroffenheit von Frauen durch geschlechtsbezogene Gewalt. Insgesamt 10 000 Frauen wurden über ihre Gewalterfahrungen in verschiedenen Lebensphasen befragt. Mit den nun vorliegenden Ergebnissen können Wissenslücken über Ausmaß, Hintergründe und Folgen von Gewalt gegen Frauen geschlossen werden. Bestellschrift: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 53107 Bonn, Tel.: 01 80/532 93 29 E-Mail: broschuerenstelle@bmfsfj.bund.de Internet: www.bmfsfj.de

Rundfunkgebührenbefreiung. Auch die Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld II können ab Januar 2005 von der Rundfunkgebührenpflicht befreit werden. Auf Grund häufiger Nachfragen stellt das sächsische Sozialministerium klar, dass die Befreiungsanträge bei den zuständigen Sozialämtern zu stellen sind und nicht bei den Arbeitsgemeinschaften oder den Agenturen für Arbeit im Freistaat Sachsen. Den Sozialämtern der Landkreise und kreisfreien Städte ist dabei das Original oder eine beglaubigte Kopie des Bescheids über das Arbeitslosengeld II vorzulegen. Die Befreiung gilt ab dem Monat, der auf die Antragstellung folgt. Sofern Arbeitslosenhilfe- oder Sozialhilfebezieherinnen beziehungsweise -bezieher bereits über den 1. Januar 2005 hinaus von der Rundfunkgebührenpflicht befreit sind, brauchen sie wegen des Wechsels in den Arbeitslosengeld II-Bezug keinen neuen Befreiungsantrag stellen. *Quelle: Pressemitteilung des sächsischen Staatsministeriums für Soziales 229/2004*

Neuer Bundesbeauftragter für Aussiedlerfragen. Auf Vorschlag von Bundesinnenminister Otto Schily hat das Bundeskabinett im November 2004 Hans-Peter Kemper zum Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten berufen. Kemper wird sich als Aussiedlerbeauftragter für die Belange der deutschen Minderheiten in Osteuropa und in den Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion einsetzen. Zugleich gehören Eingliederungsmaßnahmen für Spätaussiedler auf Bundesebene zu seinem Bereich. Er ist ebenfalls Ansprechpartner für die nationalen Minderheiten, deren Belange er auf Bundesebene vertritt. *Quelle: IkoM-Newsletter 7.2004*

► Gesundheit

Schnelle therapeutische Hilfe. Viele Überlebende der Flutkatastrophe in Südostasien sind traumatisiert und bedürfen unter Umständen einer psychotherapeutischen Behandlung. Nur so können nach Auffassung von Fachleuten

psychische Folgeschäden wie Angstzustände, Panikattacken und Depressionen verhindert werden. Die Ersatzkassenverbände VdAK und AEV appellieren insbesondere an die niedergelassenen und bei entsprechendem Bedarf an die stationär tätigen Fachkräfte der Psychotherapie, die notwendigen Behandlungen umgehend aufzunehmen. Sofern Wartelisten für den Beginn einer Psychotherapie bestehen, sollten besonders traumatisierte Opfer der Katastrophe Vorrang haben. Die Ersatzkassen übernehmen die Kosten für eine medizinisch notwendige psychotherapeutische Behandlung bei zugelassenen Fachkräften beziehungsweise in einer entsprechenden Klinik. Die Ersatzkassen beraten Betroffene und deren Angehörige über das Verfahren.

Quelle: Nachrichten und Informationen der Ersatzkassenverbände vom 4. Januar 2005

Zur Geschichte der Pflege. Trotz vielfältiger Beiträge zur Professionalisierung des Pflegeberufs und der Pflege blieben die Geschichte der Pflege als Handlungsfeld und die Geschichte des Pflegeberufs und seiner Institutionen bisher wenig beachtet. Die Berufsangehörigen haben im Unterschied zu anderen europäischen Ländern bisher kaum die Bedeutung der beruflichen Identität und die Entwicklung der eigenen Profession aus den historischen Wurzeln hergeleitet, obwohl die Pflege auf eine lange Tradition und auf ein gewachsenes Wissen zurückgreifen kann. Aus diesem Grund hat die Robert Bosch Stiftung in Kooperation mit dem Institut für Geschichte der Medizin das Förderprogramm „Beiträge zur Geschichte der Pflege“ eingerichtet. Die Ziele des Programms bestehen unter anderem darin, der Geschichte der Pflege etwa durch Fachbeiträge, Buchveröffentlichungen, Tagungen oder Museen im Berufsfeld und in der Gesellschaft mehr Aufmerksamkeit zu verschaffen und sie in stärkerem Maße in der Ausbildung zu berücksichtigen, Quellenbestände professionell zu sichern und aufzubereiten und die Qualität der historischen Pflegeforschung durch qualifizierende Maßnahmen zu verbessern. *Quelle: Nachrichten der Robert Bosch Stiftung 3.2004*

Gut drauf – gesund alt. Menschen mit einer optimistischen Lebenseinstellung zeigen im Alter deutlich seltener Anzeichen von Gebrechen als pessimistische Personen. Das wurde erstmals auch wissenschaftlich belegt. Forschende der University of Texas hatten in einer siebenjährigen Studie mit über 1 500 älteren Menschen untersucht, ob ein Zusammenhang zwischen psychosozialen Faktoren und dem Einsetzen typischer Alterserscheinungen besteht. Das Resultat: Faktoren wie Erschöpfung, Gehgeschwindigkeit und Griffstärke waren bei Optimisten deutlich positiver ausgeprägt. *Quelle: Das freie Medikament 7.2004*

Suchtprävention in der Bundesrepublik Deutschland. Grundlagen und Konzepte. Von Bettina Schmidt. Hrsg. Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA). Eigenverlag. Köln 2004, 68 S., kostenfrei *DZI-D-6900* Dieses Heft bietet einen grundlegenden Überblick über die Möglichkeiten und Grenzen der Suchtprävention in Deutschland. Ziel der Veröffentlichung ist es, aktuelle wissenschaftliche und praxisrelevante Kenntnisse zur Thematik darzustellen, um auf dieser Grundlage beste suchtpräventive Praxis in Deutschland einführen zu können. Das Fachheft wendet sich an die auf diesem Gebiet tätigen Fachleute aus Wissenschaft, Praxis und Politik, ist aber

auch darauf gerichtet, interessierte Akteure über den gegenwärtig verfügbaren Wissensstand zur Suchtprävention zu informieren und qualifizierte Unterstützung für die tägliche Arbeit zu bieten. Bestellanschrift: BZgA, Osterheimer Str. 220, 51109 Köln, Tel.: 02 21/89 92-240, Fax: 02 21/89 92-300

Diabetes. In Deutschland steigt die Zahl der zuckerkranken Kinder: Laut dem Diabetikerbund haben sich in den letzten zehn Jahren die Neuerkrankungen im Kindesalter verdoppelt. Dabei sind schlechte Ernährung, Übergewicht und zu wenig Bewegung die Hauptursachen der Volkskrankheit. Inzwischen ist jedes fünfte Kind übergewichtig. Deshalb sollte Ernährungserziehung bereits im Kindergarten einsetzen. Dort können bereits Grundkenntnisse über Lebensmittel und ihre Zubereitung vermittelt werden.

Quelle: tag, Zeitschrift der Knappschaft 1.2005

► Jugend und Familie

Ledige Mütter. In zwei aktuellen Urteilen hat der Bundesgerichtshof (BGH) den Unterhaltsanspruch lediger Mütter an den geschiedener Mütter angenähert. Grundsätzlich hat eine ledige Mutter drei Jahre Anspruch auf den so genannten Betreuungsunterhalt entsprechend ihres Lebensstandards; bisher war der Selbstbehalt des ledigen Unterhaltsschuldners jedoch höher als bei den Geschiedenen. Dies führte regelmäßig zu weniger Unterhalt. Mit der Angleichung des Unterhaltsrechts für ledige und geschiedene Mütter ist ein notwendiger Schritt vollzogen worden. Über die Länge des Anspruchs ist noch ein Verfahren beim Bundesverfassungsgericht anhängig (Az.: XII ZR/121/03 und XII ZR 26/03). *Quelle: Informationen für Einelternfamilien 2.2005*

Arbeitsgelegenheiten für junge Menschen. Die Förderung von jungen Menschen ist ein Schwerpunkt der Arbeitsmarktreformen. Ziel ist es, jedem jungen Arbeitslosen ein Angebot zu unterbreiten, das ihm eine Chance bietet, in Ausbildung oder Arbeit integriert zu werden. So entsteht durch das In-Kraft-Treten des § 3.2 Sozialgesetzbuches (SGB) II für junge Menschen unter 25 Jahren eine neue Möglichkeit der Arbeitsintegration. Aus Sicht der Jugendsozialarbeit ist dies grundsätzlich zu begrüßen, insbesondere auch, dass in der Umsetzung des SGB II die Zielgruppe der benachteiligten jungen Menschen besondere Berücksichtigung finden soll. Der Gesetzgeber hat darin insgesamt einen Handlungsrahmen geschaffen, der unterschiedliche arbeitsmarkt- und sozialintegrative Strategien zur Vermittlung in Ausbildung oder Arbeit ermöglicht. Allerdings ist aus Sicht der Jugendsozialarbeit sorgfältig darauf zu achten, dass die Zielsetzung des „Förderns“ konsequent verfolgt wird. *Quelle: Stellungnahme der Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit e.V. vom Dezember 2004*

Jugendkriminalität. Was tun mit jugendlichen Wiederholungsstraftätern? Vor dieser Frage stehen Jugendrichtern und -richter oft bei 14- bis 21-Jährigen, die nach deutschem Recht strafmündig sind, bei denen es aber im Ermessen der Richtenden liegt, ob sie eine Jugendstrafe oder eine pädagogische Maßnahme zur Verhaltensänderung anordnen. Die Wirksamkeit solcher Maßnahmen hat ein Wissenschaftlerteam um den Sozialpädagogen Jürgen Körner von der Freien Universität Berlin untersucht. Zwi-

schen 1999 und 2004 beobachteten sie 180 junge delinquente Menschen, die sich entweder mit Bewährungshelferinnen oder -helfern trafen, an sozialen Trainingskursen teilnahmen oder einzeln mit persönlichen Trainern ein so genanntes Denkzeit-Training absolvierten. Dabei sollten sie in einem insgesamt 40-stündigen Programm lernen, in emotional schwierigen Situationen ihre Gefühle wahrzunehmen und bedacht zu handeln. Das Ergebnis: Die Rückfallquote konnte mit allen Methoden um mehr als zwei Drittel gesenkt werden. Am effektivsten war die Denkzeit-Methode: Hier sank die Rückfallquote von 3,9 auf 0,6 %.

Quelle: Menschen 1.2005

Implementation und Evaluation Sozialer Gruppenarbeit/Sozialer Trainingskurse mit verhaltensauffälligen/delinquenten Jugendlichen. Von Jörg Baur und anderen. Hrsg. Arbeitsgemeinschaft für Erziehungshilfe (AFET). Selbstverlag. Hannover 2004, 194 S., EUR 18,50

DZI-D-6929

Der Forschungsansatz des Wissenschaftlichen Instituts des Jugendhilfswerks Freiburg e.V. an der Universität Freiburg nimmt in dieser Veröffentlichung eine Bestandsaufnahme der Praxis Sozialer Gruppenarbeit insbesondere als Hilfe zur Erziehung nach § 29 Kinder- und Jugendhilfegesetz für verhaltensauffällige Kinder und Jugendliche vor. Dieser Projektabschlussbericht umfasst die Ergebnisse einer Literaturrecherche zu dem Thema, eine Bestandserhebung Sozialer Gruppenarbeit für Baden-Württemberg und eine mehrperspektivische Evaluation der Praxis von Sozialer Gruppenarbeit aus der Sicht von Fachkräften, jungen Menschen und Angehörigen sowie von Experten dieser Methode. Die zusammenfassende Auswertung der verschiedenen Informationsquellen gibt Hinweise zur Verbesserung entsprechender Implementationsbedingungen und zur Weiterentwicklung der Qualität Sozialer Gruppenarbeit. Bestellanschrift: AFET, Bundesverband, Osterstr. 27, 30159 Hannover, Tel.: 05 11/35 39 91-3
E-Mail: Kless@afet-ev.de

Babysitterkurs. Ab November 2004 boten vier Sozialpädagogikstudentinnen der Fachhochschule in Potsdam einen Babysitterkurs an. Das Angebot richtete sich an junge Frauen und Männer zwischen 14 und 21 Jahren, die Interesse haben, in ihrer Freizeit Kinder zu betreuen. Das Angebot erfolgte im Rahmen des Hauptstudiums im Projekt „Hilfen für Familien mit Kleinkindern“, das an das „Zentrum für Prävention, Bildung und Beratung vom Säugling zum Kleinkind“ angegliedert ist. Die Studentinnen informierten über Rechte und Pflichten der Babysitter, gaben Tipps zur Vertragsgestaltung, wie zum Beispiel zur Bezahlung und Arbeitszeit. Themen des Kurses waren die kindlichen Entwicklungsstufen wie auch praktische Hinweise vom Füttern bis zur Ersten Hilfe. Der Kurs soll wiederholt werden. Weitere Informationen: Melanie Schmidt, Tel.: 01 79/251 75 04, E-Mail: Babysitter-Fh-Potsdam@web.de
Quelle: Newsletter der Fachhochschule Potsdam 2.2004

► Ausbildung und Beruf

Wegweiser durch den Beratungsdschungel. Mit einer Suchmaschine bietet die Deutsche Gesellschaft für Supervision e.V. (DGSv) die Unterstützung bei der Auswahl passender Beraterinnen und Berater: Mehr als 3 500 Mitglieder zählt die DGSv, sie präsentieren sich auf der Internet-

seite www.dgsv.de mit detaillierten persönlichen Profilen. Eine Recherche ist nach geographischen Kriterien ebenso möglich wie nach den Inhalten der Beratung. So werden Fachleute nach Branchen wie beispielsweise „Erwachsenenbildung“, „Gesundheitswesen“ oder „Landwirtschaft“ ebenso aufgelistet wie nach den Anlassfällen wie „Karrierplanung“, „Mobbing“ oder „Konfliktlösung“. Eine Suche ist ebenfalls nach der gewünschten Methode möglich, dazu zählen etwa Coaching, Mediation, Organisationsberatung oder Supervision. Als Berufs- und Fachverband ist die DGsv seit 1989 das Forum für Supervision in Deutschland. Information: DGsv e.V., Lütticher Str. 1-3, 50674 Köln, Tel.: 02 21/92 00 40, Fax: 02 21/920 04-29, E-Mail: info@dgsv.de
Quelle: Presseinformation der DGsv vom 5. Januar 2005

Ausländische Pflegekräfte. Ab Januar 2005 können ausländische Pflegekräfte, Haushaltshilfen und Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter bis zu drei Jahre in Deutschland beschäftigt werden, ganz legal und von der Bundesagentur für Arbeit vermittelt. So steht es in der neuen Beschäftigungsordnung, der der Deutsche Bundesrat zugestimmt hat. Eine vergleichbare Regelung für Pflegehilfskräfte („Greencard“) gab es bereits, sie lief jedoch Ende 2002 aus. *Quelle: FORUM aktuell 28.2004*

Gewalt gegen Kinder und Jugendliche in Institutionen. Umgang mit Fehlverhalten von Fachkräften in Einrichtungen der Erziehungshilfe. Hrsg. Arbeitsgemeinschaft für Erziehungshilfe (AFET) e.V. Eigenverlag. Hannover 2004, 272 S., Preis 18,50 zzgl. Porto *DZI-D-6965* Fehlverhalten und Machtmissbrauch von Fachkräften gegenüber Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen der Erziehungshilfe sind Tabuthemen. Sie lösen Unsicherheit und Ängste sowohl bezüglich präventiv wirksamer Schritte als auch bezüglich des angemessenen Vorgehens im Verdachtsfall aus. Diese Veröffentlichung hat das Ziel, die intensive fachliche Beratung und Bearbeitung dieses Themas weiter zu tragen. Durch die Enttabuisierung sollen insbesondere leitende Fachkräfte aus Einrichtungen und Diensten der Erziehungshilfe Handlungssicherheit im Sinne einer Weiterqualifizierung der Fachpraxis erhalten. Bestellschrift: AFET, Osterstr. 27, 30159 Hannover, Tel.: 05 11/35 39 91-3, Fax: 05 11/35 39 91-50
E-Mail: Rheinlaender@afet-ev.de

50 Jahre International Federation of Social Workers. Vom 30. Juli bis zum 3. August 2006 findet unter dem Motto „Soziale Balance in einer Welt der Ungleichheit“ die Weltkonferenz der International Federation of Social Workers (IFSW) in München statt. Partner auf deutscher Seite ist der Deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit e.V. (DBSH), der dazu aufruft, weltweit verbindliche soziale Standards weiterzuentwickeln und an deren Umsetzung mitzuwirken. Informationen: www.socialwork2006.de
Quelle: DGsv aktuelle 4.2004

6.-8.4.2005 Wolfsburg. Fachtagung: Jugendarbeit in der Region. Information: Stadt Wolfsburg, Geschäftsbereich Jugend, Abt. Jugendförderung, Pestalozziallee 1a, 38440 Wolfsburg

14.-15.4.2005 Emden. Fachtagung: Soziale Diagnose – Von der (Un)Möglichkeit einer sozialarbeiterischen Diagnostik. Information: Fachhochschule Oldenburg, Ostfriesland, Wilhelmshaven, Dieter Röh, Tel.: 049 21/98 13 58
E-Mail: roeh@fho-emden.de

15.-16.4.2005 Würzburg. 3. Interdisziplinäre Fachtagung: Nicht die Kinder sind anders, sondern die Kindheiten. Information: Deutscher Kinderschutzbund LV Bayern, Arabellastr. 1, 81925 München, Tel.: 089/92 00 89 11, Fax: 089/92 00 89 29, E-Mail: dksb.lv.bayern@t-online.de

20.4.2005 Berlin. Seminar: Grundrechte und Beratungspraxis. Wie sichert man die Qualität von Beratung in der Antidiskriminierungsarbeit? Information: Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, An der Urania 4-10, 10787 Berlin, Tel.: 030/90 16-25 52

5.-7.5.2005 Dresden. Workshop-Kongress: Klinische Psychologie und Psychotherapie. Information: Institut für Klinische Psychologie und Psychotherapie, Frau Alvarenga, Chemnitzer Str. 46, 01187 Dresden, Tel.: 03 51/463-369 53, Fax: 03 51/463-369 84
E-Mail: alvarenga@klipsy.tu-dresden.de

6.-10.5.2005 Dresden. Verhaltenstherapiewochen 2005. Information: IFT Institut für Therapieforchung, Parzivalstr. 25, 80804 München, Tel.: 089/36 08 04-22, Fax: 089/36 08 04-29, E-Mail: andersson@ift.de

9.-11.5.2005 Berlin. Seminar: Kommunale Ordnungsdienste: Sauberkeit, Ordnung und Sicherheit in der Stadt. Information: Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Ernst-Reuter-Haus, Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin, Tel.: 390 01-258, Fax: 030/390 01-268, E-Mail: leute@difu.de

12.5.2005 Hamburg. Podium 2005: Orientierungslos – Grenzenlos – Hemmungslos? Ursachen und Folgen von Gewalt. Information: Bundesverband privater Träger der freien Kinder-, Jugend- und Sozialhilfe e.V., Mühlendamm 3, 10178 Berlin, Tel.: 030/42 85 96 56, Fax: 030/42 85 96 57

6.-7.6.2005 Hannover. 10. Deutscher Präventionstag: Gewaltprävention im sozialen Nahraum. Information: Deutscher Präventionstag, Am Waterlooplatz 5 A, 30169 Hannover, Tel.: 05 11/235 49 49, Fax: 05 11/235 49 50
E-Mail: DPT@praeventionstag.de